

Die enge Freundschaft zwischen Österreich und Uganda begann 1985. Im kleinen Weinviertler Dorf Unterolberndorf traf sich das nationale Exekutivkomitee (NEC) einer ugandischen Befreiungsbewegung namens National Resistance Movement (NRM). In diesem Kreis unter Führung von Yoweri Museveni kamen ugandische Ärzte, Anwälte und Journalisten, die seit Jahren im Widerstandskampf gegen Obote tätig waren, zu einem zweiwöchigen Treffen im »Gasthof zum Grünen Jäger« zusammen, um die Richtlinien für ein neues Regierungsprogramm festzulegen.

Und um ein Schattenkabinett für eine aus ihrer Sicht kurz bevorstehende Machtübernahme festzulegen. Das ostafrikanische Land hatte jahrzehntelange Schreckensherrschaften unter Idi Amin und Milton Obote hinter sich. Die Infrastruktur der »Perle Afrikas« – wie Winston Churchill Uganda bezeichnete – wurde bis 1985 fast ganz zerstört.

Ein halbes Jahr nach dem Treffen in Niederösterreich, am 26. Jänner 1986, marschierte die NRM/NRA dann tatsächlich in Kampala ein und Yoweri Museveni wurde zum Präsidenten ernannt. Dies war der Endpunkt eines jahrelangen Guerillakampfes. Im gleichen Jahr wurde dann die Projektgruppe für den Wiederaufbau Ugandas gegründet und die »Plattform Österreich-Uganda« erstmals einberufen. Gründer der Initiativen waren: Father Albert Byaruhanga, der neben seiner kirchlichen Tätigkeit bis heute zu den persönlichen Beratern des ugandischen Präsidenten gehört; Peter Jjumba und Joseph Kitayimbwa, die in Österreich lebten und auch in Unterolberndorf dabei waren; die Journalistin Dolores Bauer, die Museveni schon zur Zeit Obotes kennen gelernt und begleitet hat; der damalige Außenminister Dr. Peter Jankowitsch; Generalmajor Karl Semlitsch, Militärkommandant von Wien und seit seinem ersten Besuch 1984 ein Freund Ugandas; Dr. Michael Stadler vom VIDC und Maria Hirsch, die von Beginn an maßgeblich am Uganda-Lobbying in Österreich beteiligt waren. Ziel der Solidaritätsgruppe und der Plattform war, Österreicher für das Land am Nil zu interessieren und über Religions- und Parteigrenzen hinausgehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu initiieren.

Die Plattform traf sich jahrelang kontinuierlich, um Informationen über Uganda auszutauschen. Menschen aus allen Lebensbereichen (Regierung, NGO's, Universitätsprofessoren, Privatpersonen, Geschäftsleute) wurden über die Situation in Uganda informiert, bzw. berichteten von ihren Aktivitäten. Es wurden Diskussionen über die Politik Ugandas veranstaltet, Künstler aus Uganda eingeladen und in der Zeitschrift »Kranich« über die aktuelle Situation informiert. Persönliche Freundschaften, Projekte und Geschäftsbeziehungen entstanden und stärkten die Beziehungen zwischen Österreich und Uganda.

In den 90er Jahren wurde Uganda ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Lobbyarbeit war sehr erfolgreich, da die ugandische Regierung unter Yoweri Museveni und der NRM ein Hoffnungsträger im afrikanischen Kontext waren und sind. Auf einmal gab es nicht nur Katastrophenmeldungen aus Afrika, sondern Erfolgsmeldungen: Positive Entwicklungen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Ein Land im Aufbruch, ein fundamentaler Wechsel weg vom negativen Image Idi Amins wurde in Österreich vermittelt.

Die ugandische Regierung entwickelte sich zu einem wichtigen Partner der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im BMAA.

Insbesondere im Bereich der Armutsbekämpfung und der Partizipation der ugandischen Bevölkerung an demokratischen Prozessen wurden große Erfolge erzielt. Die AIDS-Bekämpfung Ugandas gilt im weltweiten Zusammenhang als beispielhaft. Die Einschulungsquote von Schülern im Pflichtschulbereich hat sich fundamental erhöht. 2003 wurde anstelle der bisherigen losen Plattform ein gemeinnütziger und unpolitischer Verein gegründet, die »Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft«, um die jahrelangen Aktivitäten fortzusetzen, alle Uganda-Interessierten in Österreich zu vernetzen, das Interesse an Uganda durch gemeinsame Veranstaltungen und Informationen aufrecht zu erhalten und Projekte in Uganda zu unterstützen. Zur Präsidentin wurde die ehemalige Wiener Stadträtin Dolores Bauer gewählt.

Über das neue Uganda - Idi Amin ist tot.

Dies war in allen wichtigen Medien nach dem 16. August 2003 nachzulesen gewesen. Er starb im saudiarabischen Exil.

Wenig bis gar nicht war in diesen Meldungen nachzuvollziehen, was sich in den letzten 25 Jahren in Uganda politisch getan hat. Idi Amin musste Uganda 1979 verlassen, nachdem er in das Kagera Becken des Nachbarstaates Tansania einmarschiert war und in der Folge von tansanischen Truppen zurückgeschlagen und noch im gleichen Jahr als Präsident aus Uganda vertrieben wurde. Es folgte ein zweijähriges Interregnum unter Präsident Yusuf Lule und Godfrey Binaisa, bis es im Dezember 1980 zu Neuwahlen kam. Diese aus heutiger Sicht keineswegs fair und frei verlaufenen Wahlen »gewann« Milton Obote. Obote war bereits von 1966–1971 Präsident Ugandas gewesen und gelangte durch diese, vom Commonwealth und seinen Beobachtern als regulär bezeichneten Wahlen, wieder in das Staatsamt zurück. Wäre die Wahl korrekt abgelaufen, hätte die konservative DP (Democratic Party) klar gewonnen. Unter Obote II kam es zur schlimmsten Diktatur, die es in Uganda seit der Unabhängigkeit 1962 gegeben hatte. Die Despotie Milton Obotes übertraf in ihrer Brutalität und Gewaltbereitschaft die Zeit Idi Amins. War Obote noch um einen gewissen Ausgleich zwischen Nord- und Süduganda bemüht (auch wenn er den Kabaka – den König des zentralugandischen Königreiches Bugandas – 1966 vertrieb), so versuchte der aus dem nordugandischen Ort Lira stammende Obote aus der Volksgruppe der Langi die Verhältnisse umzudrehen und den Norden Ugandas zu Macht und Einfluss in der Republik Uganda zu verhelfen. Obote richtete Konzentrationslager ein, in denen nicht »Arbeit macht frei«, sondern »A good Muganda is a dead one« über den Eingangstoren stand. In diesen Konzentrationslagern wurden politische Gegner systematisch auf die grausamste Art und Weise gefoltert und dann ermordet. Den Opfern wurden Nägel in den Kopf geschlagen und die Gliedmaßen ausgerissen. Der Nordugander Obote wollte damit die ganze zentral- und südugandische Opposition systematisch ausrotten. Der Massenmord, der sich nun vor allem gegen den Kabaka und seine Anhänger richtete und unter Obote I politisch noch nicht opportun war, sollte unter Obote II systematisch umgesetzt werden. Spricht man heute mit ugandischen Zeitzeugen, so war die politische und wirtschaftliche Situation zwischen 1981 –1985 weitaus schwieriger und prekärer als in der Zeit unter Idi Amin. In Zahlen ausgedrückt haben in der kurzen Präsidentschaft von Obote II annähernd eine Million Menschen ihr Leben verloren. Das »Luwero-Triangle« in Zentraluganda war von Skeletten übersät, die von den zurückkehrenden Flüchtlingen gesammelt und in Haufen vor jedem Dorf aufgeschichtet wurden. Im wesentlich längeren Zeitraum der Regentschaft von Amin liegen die Schätzungen der Todesopfer mit 250.000–500.000 bedeutend niedriger. Die Gegenüberstellung soll und kann Amin in keiner wie immer gearteten Weise freisprechen, zeigen aber sehr klar, welche Schreckensherrschaft Milton Obote zu verantworten hat. Weiters ist noch festzustellen, dass nicht nur der Diktator Idi Amin

friedlich in Saudi-Arabien weiterleben konnte. Auch Milton Obote lebte in Sambia, wo er 2005 verstarb ohne je vor ein Gericht gestellt worden zu sein.

Schon in der Zeit Idi Amins bildete sich ugandischer Widerstand. Auslöser war die Vertreibung der Inder durch Idi Amin (der Plan zur Vertreibung der Inder wurde übrigens bereits unter Obote I gefasst) im Jahre 1972. Exilugander versuchten von Tansania aus Amin in einem Putsch zu stürzen. Dieser Coup scheiterte. Ihm schloss sich ein junger Intellektueller namens Yoweri Museveni an, der in Dar es Salaam (Tansania) studierte und über Frantz Fanon, einen der bedeutendsten Befreiungsideologen Afrikas (dessen Hauptwerk: »Die Verdammten dieser Erde«), dissertiert hatte. Museveni kannte Obote aus nächster Nähe, war er doch in der Präsidentschaft Obote I Sekretär des Präsidenten gewesen. Im Verlauf der Diktatur Idi Amins bildete sich in den Siebzigerjahren Widerstand innerhalb und außerhalb des Landes. Exilugander schlossen sich der Opposition an und waren 1979 auch am Sturz Amins beteiligt. Museveni gründete 1979 die UPM (Ugandan Peoples Movement) als Alternative zu den traditionell am europäischen System orientierten Parteien, die jeweils einer Religion bzw. ethnisch zuordenbar waren. Unter Binasis Präsidentschaft wurde Museveni Verteidigungsminister und trat im Dezember 1980 zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Nach den aus heutiger Sicht nicht frei und fair abgehaltenen Wahlen ging er aus Protest zu dieser illegitimen Machtergreifung mit 26 Intellektuellen (durchwegs Ärzte, Anwälte, Journalisten) in den Widerstand. Im Laufe der Jahre gewann diese Gruppe beständig mehr Unterstützung in der Bevölkerung. In allen gewonnen Gebieten wurden so genannte Resistance Councils begründet, in denen lokale politische Vertreter gewählt wurden. In diesen »Widerstandsräten« waren immer auch Jugendliche und Frauen verpflichtend vertreten. Bis 1985 setzte sich diese »Gruppe der historischen 27« derartig durch, dass sie das gesamte ugandische Staatsgebiet (ca. dreimal die Fläche Österreichs) mit Ausnahme Kampalas kontrollierte.

Die Weltöffentlichkeit nahm davon erst Kenntnis, als der irische Journalist William Pike für BBC ausführlich über Museveni und den Vormarsch der NRA berichtete. Für Museveni und die NRA wurde absehbar, dass sie in nächster Zukunft die Macht in Uganda übernehmen würden. Entsprechende Strategieplanung war angesagt. Um das höchste Leitungsgremium der NRA, das NEC (National Executive Committee), zusammenzubringen, musste ein ruhiger und sicherer Ort gefunden werden. Schließlich sollte sich ein Teil der »historischen 27«, Leute die seit Jahren im Guerillakampf tätig waren und einander aus Sicherheitsgründen nie gesehen hatten, an einem entsprechenden Ort treffen. Kenia und Großbritannien sollten es nicht sein, weil man die Kontrolle der »old colonial masters« umgehen wollte und Großbritannien Museveni die Einreise verweigert hatte. Der damals in Österreich lebende ugandische Student Peter Jjumba kannte Museveni aus seiner Jugendzeit. Er machte Museveni den Vorschlag, der NEC könnte sich in Österreich treffen. Jjumba fuhr mit der Schnellbahn Richtung Mistelbach und blieb bei mehreren Orten stehen, um den geeigneten Platz zu finden. Beim »Grünen Jäger« in Unterolberndorf wurde er schließlich fündig. Die Wirtin war bereit, eine größere Gruppe von Ugandern in ihrem Gasthof aufzunehmen. Die damalige österreichische Regierung erlaubte den Widerstandskämpfern die Einreise.

Im Juni 1985 war es dann soweit. Das NEC unter Führung Yoweri Musevenis kam in Unterolberndorf für 14 Tage zusammen, um ein Regierungsprogramm (10 Points Programme) zu formulieren und ein Schattenkabinett zu bilden. Dieses Zehn-Punkte-Programm kann heute als die Leitlinie der späteren ugandischen Regierung zur Demokratisierung des Landes gewertet werden. So kam auch Father Albert Byaruhanga, ein Pfarrer aus Fort Portal, erstmals nach Österreich. Er war schon in der Widerstandszeit ein wichtiges Bindeglied zwischen Guerilla und katholischer Kirche in Uganda. Museveni wollte ihn zum Bildungsminister machen. Der Vatikan stellte Father Albert Byaruhanga vor

die Alternative: Entweder Ministerehren oder kirchliche Ämter. Father Albert entschied sich in der Kirche zu bleiben.

Kurz nach dem Unterolberndorfer Treffen wurde im Juli 1985 der Langi Milton Obote von der ebenfalls nordugandischen Acholi-Fraktion aus dem Präsidentenamt verdrängt. Der Acholi Titus Okello übernahm kurzfristig das Präsidentenamt. Am 26. Jänner 1986 marschierte die NRA in Kampala ein und Yoweri Museveni wurde zum Präsidenten vereidigt.

Dies war der Beginn des neuen »Uganda«. Museveni und die NRM (National Resistance Movement) setzten in den folgenden Jahren alles daran, die vollkommen zerstörte Infrastruktur eines der ärmsten Länder der Welt wieder aufzubauen. Politische Reformen zur Demokratisierung des Landes wurden gesetzt. Die politische Struktur der »Resistance Councils« wurde in »Local Councils« umgewandelt. Diese Local Councils wurden von der Dorfgemeinschaft bis hin zu den Distrikten direkt gewählt. Von unterster Ebene aufwärts wurden auch die Parlamentsvertreter gewählt. Auf all diesen Ebenen muss mindestens eine Frau vertreten sein. Uganda kann im afrikanischen Kontext den größten Anteil von Frauen im Parlament und in Regierungsämtern aufweisen. Aufgrund dieses basisorientierten Aufbaus des ugandischen Systems spricht man auch vom »Grassroot Movement«.

Die NRM versuchte aus den Fehlern der alten Regierungen zu lernen und ethnische, religiöse und parteipolitische Komponenten zurückzudrängen. Es wurde von Museveni eine Regierung der nationalen Einheit eingesetzt, die alle politischen Kräfte, auch die des Nordens von Uganda, mit einbezog. Politische Parteien existieren zwar weiter, treten aber nicht zu Wahlen an. Gewählt werden Persönlichkeiten unabhängig von Volksgruppe, Religion, Geschlecht oder Partei. Die NRM versteht sich nicht als Partei, sondern als politische Bewegung. Uganda ist aus dieser Sicht kein Einparteien-, sondern ein Keinparteienstaat.

In den neunziger Jahren wurde auch mit Hilfe der wichtigsten Geberländer für Entwicklungszusammenarbeit eine massive Dezentralisierung der politischen Strukturen umgesetzt. Die mittlerweile 80 Distrikte des Landes können die meisten politischen Entscheidungen selbst treffen. Einher ging eine starke Dezentralisierung der Finanzhoheit. Die Local Councils und Kommunen treffen immer mehr Entscheidungen selbst. Auch die Steuereintreibung wurde in den letzten Jahren den Distrikten überlassen. Parallel dazu wurden die Distrikte unter den Geberländern aufgeteilt. Österreich ist seither insbesondere für das Capacity Building der Distrikte Kisoro und Kabale im Südwesten Ugandas zuständig. In dieser Zeit wurden die Distrikte weitgehend an die Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung angeschlossen. Spitäler und Schulen in Kisoro und Kabale wurden saniert.

Dass sich in Uganda tatsächlich Fundamentales verändert hat, ist insbesondere am verfassungsgebenden Prozess ablesbar. Gleich nach dem Antritt der neuen Regierung 1986 wurde eine zwanzigköpfige Verfassungskommission aus führenden Persönlichkeiten der ugandischen Zivilgesellschaft eingerichtet. Durch ein aufwendiges Fragebogensystem wurden alle Local Councils mit annähernd 300 Fragen konfrontiert, wie sie sich ihre Verfassung vorstellen. Die Kommission wertete die Antworten aus und entwickelte einen Vorschlag für die neue Verfassung. Dieser Entwurf wurde dann durch eine 1994 geheim und frei gewählte verfassungsgebende Versammlung, der 278 Mitglieder angehörten, breit diskutiert. In einer mehr als einjährigen und sehr kontrovers geführten Diskussion wurden einige Kompromisse ausgehandelt. Die endgültige Verfassung wurde am 8. 10. 1995 in Kraft gesetzt. In ihr wurden auch die maximal zwei Wiederwahlmöglichkeiten für den Präsidenten festgelegt. Nach den Präsidentschaftswahlen 1996 und 2001, die Museveni klar gewonnen hat, lief sein Term 2006 aus. Durch einen Parlamentsbeschluss wurde dem Präsidenten eine dritte Amtszeit ermöglicht. Am 23. Februar 2006 wurde Präsident Museveni wiedergewählt. Gleichzeitig fanden Parlamentswahlen statt, die erstmals nicht

nach dem Bewegungsmodell sondern auf Druck der westlichen Gebergemeinschaft nach dem Mehrparteienprinzip organisiert wurden. Die zur Partei konvertierte NRM-O gewann die Parlamentswahlen. Dem vorangegangen war eine heftige Debatte über den „3rd Term“ in den ugandischen Medien. In der Verfassung wurde auch die Rückkehr der ugandischen Könige (Toro, Buganda, Busoga, Bunyoro) festgelegt.

Auch der Kabaka kehrte zurück. Damit wurde auch die Rückgabe der königlichen Güter und Besitztümer festgelegt. Die Königreiche haben aber keine politische Macht, sondern dürfen nur kulturelle Funktionen ausüben und verwalten die vom ugandischen Staat zurückgegebenen Vermögenswerte.

In den letzten Jahren haben sich eine Vielzahl von Zeitschriften und freien Radioprogrammen in Uganda entwickelt. Der oben erwähnte William Pike blieb in Uganda und wurde von der Regierung schon 1986 gebeten, eine unabhängige Tageszeitung aufzubauen. Sie ist unter dem Titel »New Vision« noch heute die einflussreichste Tageszeitung Ugandas. Pike besitzt heute das größte private ugandische Radioprogramm Capital FM und ist dabei in Uganda einen eigenen Fernsehsender aufzubauen.

Die ugandische Regierung hatte nach dem Machtwechsel 1986 erhebliche Probleme, die Schulden, die ihr Idi Amin und Milton Obote hinterließen, zu übernehmen. Es war für das neue Uganda nicht nachvollziehbar, warum es den Schuldendienst von mehreren Milliarden Dollar für die Gewaltherrschaften Amins und Obotes leisten sollte.

Rasch musste die neue Regierung aber anerkennen, dass ohne Übereinkunft mit Weltbank und Währungsfond die weitere Kreditwürdigkeit Ugandas nicht gegeben sein würde. Mit James Wolfensohn als neuen Weltbankdirektor änderten sich die Beziehungen zur Weltbank. Wolfensohn und sein Team würdigten die Bemühungen der ugandischen Regierung zur generellen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Sie bescheinigten der Regierung Museveni auch »Good Governance«, also eine rationale Regierungsführung mit dem Ziel einer generellen Verbesserung der Lebensbedingung für die Mehrheit der Ugander. Uganda wurde zum Musterland der HIPC (Heavily Indebted Poor Countries), einer Initiative der Weltbank, des Währungsfonds und anderer großer Kreditgeber. Damit wurde Uganda auch der erste Nutznießer dieser internationalen Entschuldungsinitiative.

Diese kam nicht zuletzt durch den starken Druck der Zivilgesellschaft (allen voran die globale Entschuldungskampagne Jubilee 2000) zustande. Auch wenn Uganda das weltweit einzige Land ist, das beide aufwendigen und bürokratischen HIPC-Initiativen (1997 und 1999) erfolgreich durchlaufen hat, ist Ugandas Schuldenlast durch die schwierigen Weltmarktbedingungen nach wie vor so hoch, dass es von den Kreditgebern als »unsustainable« eingestuft wird. Uganda gehört zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die vielfältigen bilateralen Kontakte und die positiven politischen Erneuerungen seit der Zeit Idi Amins haben mit dazu beigetragen, dass Uganda in den neunziger Jahren ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde. In Kampala konnte ein österreichisches Koordinationsbüro als Außenstelle der Botschaft in Nairobi eingerichtet werden und ebenso ein Honorargeneralkonsulat Österreichs.

Die Schwerpunkte der staatlichen Kooperation liegen neben dem Kulturbereich im Wasserbau, im Rechtswesen, im Gender-Bereich und auf dem Gebiet der Demokratisierung. Das finanzielle Volumen der bilateralen Kooperation zwischen Österreich und Uganda lag zuletzt zwischen 5–10 Millionen Euro.

In den letzten Jahren wurde immer wieder die Verstrickung der ugandischen Regierung und des ugandischen Militärs im Kongo/Kinshasa kritisiert. Vergessen wird dabei der Hintergrund des Konflikts. Uganda hat dem Kongo nie einen Krieg erklärt, wie in österreichischen Medien behauptet wurde. Es ging vielmehr um die Vertreibung des grenzenlos korrupten und verschiedenen Westmächten aus finanziellen Erwägungen hörigen Mobutu Sese Seko. Dieser hatte Zaire, wie Kongo/Kinshasa in der Zeit seiner

Präsidentschaft von 1965–1997 hieß, regiert. Mit Hilfe verschiedener Staaten wie Frankreich, Belgien und den USA wurde eines der rohstoffreichsten Länder der Erde durch Mobutu ausgebeutet. Er schaffte es durch eine vollkommene Vernachlässigung der Infrastruktur, sein Volk abhängig zu halten. Mobutu unterstützte auch ugandische Rebellen, die vom Kongo aus den Westen Ugandas destabilisierten. Laurent Désiré Kabila erschien Museveni als mögliche politische Alternative.

Ein schwerer politischer Fehler, wie sich für Uganda seither leidvoll herausstellte. Zwar konnte Kabila anfänglich durch ugandische, ruandische (und auch US-amerikanische) Unterstützung schnell militärische Erfolge erzielen. Jedoch fehlte ihm das strategische Potential und Fingerspitzengefühl, seine Siege bei der lokalen Bevölkerung abzusichern, diese in die politischen Veränderungen einzubeziehen. Immer wieder wurde Kabila von der ugandischen Führung auf diese Fehler aufmerksam gemacht. So erreichte Kabila zwar rasch Kinshasa, vertrieb Mobutu ins marokkanische Exil und ernannte sich 1997 zum Präsidenten. Doch die Machtbasis im Land blieb dünn und führte im Jahr 2001 zu seinem Sturz. Er wurde durch seine eigenen Leibwächter ermordet. Sein Sohn Joseph übernahm die Präsidentschaft. Der Kongo hat sich seither zu einem Hort der Instabilität entwickelt. Ein Land von der Größe der gesamten europäischen Union – aber mit nur 55 Millionen Einwohnern – ist geteilt. Nach wie vor bekämpfen sich im Osten des Kongo die unterschiedlichsten Rebellengruppen. Die Kontroversen zwischen Präsident Kabila und seinem wichtigsten Herausforderer Bemba haben sich auch nach den Wahlen im Oktober 2006 nicht verändert. Präsident Kabila wurde bei diesen Wahlen in seinem Amt bestätigt. Die ugandische Armee hat sich mittlerweile aus dem Kongo zurückgezogen, was insbesondere in der Region um die ostkongolesische Stadt Bunia zu schweren Kämpfen zwischen den Volksgruppen der Hema und Lendu führte. Auch die mit einem sehr beschränkten und örtlich begrenzten Mandat ausgestatteten UN-Truppen konnten in den letzten Monaten wenig gegen die massiv erhöhte Gewaltbereitschaft in der Region unternehmen. Gerade das Beispiel Kongo zeigt, wie verstrickt ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich und Großbritannien, aber auch die USA, Simbabwe und Südafrika in das heutige Geschehen am afrikanischen Kontinent sind. Immer geht es im Kongo auch um die Hegemonie über Minen und Rohstoffausbeutung. Würde ein Präsident wie Joseph Kabila den Rohstoffexport aus seinem Land stoppen, so würden große Teile der westlichen Industriegesellschaft bei der Rohstoffbeschaffung binnen kürzester Zeit in existentielle Bedrängnis kommen. Festzustellen ist, dass derzeit die USA, Frankreich und Belgien kein Interesse an einer weitgehenden Befriedung des Kongo haben. Alle profitieren von der Zersplitterung dieses Landes. Solange die nunmehr gewählte Regierung im Kongo gibt, solange wird es für den Westen leicht sein, wie in Mobutus Zeiten Rohstoffe zu günstigen Preisen aus dem verarmten zentralafrikanischen Land zu gewinnen.

Buchtipps: »Die Schlangengrube« von Moses Isegawa, Blessing Verlag München, und der »Letzte König von Schottland« von Giles Foden, 2001, Aufbau Verlag Berlin.

Beide Romane beleuchten die Zeit Idi Amins.

»Matooke« erzählt von Maria Hirsch

Matooke ist das »tägliche Brot« in großen Teilen Ugandas. Es sieht aus wie Erdäpfelpüree und schmeckt auch ähnlich, nur ist es ein bisschen süßer. Hergestellt wird es aus den bitteren Kochbananen, die in großen Büscheln auf den Bananenstauden wachsen, die die Landschaft im Zentrum und Süden Ugandas prägen. Die Stauden sind bis zu 5 Meter hoch und der ganze Stolz der Bauern. Die Bananen werden geschält, in Bananenblätter eingewickelt und über offenem Holzkohlenfeuer mindestens zwei Stunden lang gekocht. Danach werden die Bananen noch in der Blätterhülle zerdrückt und serviert. Dazu gib es

meist Fleisch vom Rind, von der Ziege oder vom Schwein, dazu Erdnusssauce oder auch Fisch. Aber bei keiner Mahlzeit darf Matooke fehlen. Wenn es kein Fleisch gibt, wird Matooke eben allein gegessen. Aus vergorenen Kochbananen werden auch Bier und der berühmte Bananenschnaps »Waragi« hergestellt. Die Sehnsucht aller Ugander im Ausland gilt Matooke. Lange kann darüber diskutiert werden, wie es am Besten zubereitet wird und welche Bananen aus welcher Gegend am Besten schmecken. Die erste Frage, wenn ich von einem Besuch aus Uganda nach Österreich zurückkomme, lautet stets:

»Hast du Matooke mitgebracht?«

Ich habe in Uganda noch selten ein Essen ohne Matooke bekommen. Eher als der Geschmack begeistern mich die goldgelbe Farbe, die Verpackung in die grünen Blätter, die sorgfältig verschnürt sind, und die köstliche rotbraune Erdnusssauce dazu.

15 Prozent der Weltproduktion an Kochbananen werden in Uganda produziert und die Bananenstauden bedecken 38 Prozent des Landes. Auf den Märkten liegen riesige Bananenbüschel und LKW transportieren täglich Tonnen davon in die Hauptstadt.